

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschönfeld bestellte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72201

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Plakatoberseite 40 Pf., Stellenangebote 10. Spalte, Kolonellzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10. Spalte, Kolonellzeile mit 50% Nachlaß, Reklameseite 2 Mk. Inzerate v. ausw. die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pf. bei Plakatoberseite 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Völkerbund und Horthy-Ungarn

Ein Schritt in der Waffenschmuggelaffäre

Diskussion in Genf

SPD Genf, 23. Februar.

England steht im Völkerbundsakt eine genügende Friedenssicherung. Es ist bereit, Schiedsgerichts- und Schlichtungsverträge abzuschließen, wo es seine Interessen gebietet. Aber England hält einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag für keine Stärkung der Friedenssicherung und würde einen solchen nicht unterschreiben. Es kann sich auch nicht in allen Streitfragen dem Spruch des Internationalen Schiedsgerichts unterwerfen. — Das ist in bürren Worten der Inhalt der am Donnerstag gehaltenen Rede des britischen Vertreters im Sicherheitskomitee des Völkerbundes.

Wir sehen im Völkerbund eine gewisse Sicherheit, aber keine ausreichende. Wir wollen die gegenwärtige Weltlage durch ein weltumfassendes Schieds- und Sicherheitsabkommen, das durch Sanktionen garantiert wird, verantern. Das steht wörtlich und zwischen den Zeilen der Abänderungsanträge zu der Einleitung und dem Schiedsgerichtsteil des Prager Gutachtens, die Polen, Rumänien und Jugoslawien eingebracht haben. Frankreich hat sich am Donnerstag mit Wünschen nach Erweiterung und besserer Garantie des Schiedsgerichtswesens begnügt. Seine Meinung über den Pakt wird es erst bei dem Einzelthema „Sicherheit“ sagen. Italien, der Staat, der freie Hand für seine Expansionspläne braucht, schloß sich England an, dem Land, das für seine Kriegseroberungen nicht die gleichen Befürchtungen hat wie die Sieger Kontinentaleropaas. Japan, Chile, Holland, Schweden und Kanada stellten sich in der Grundidee neben England, sind aber weniger national-egoistisch und fordern Schieds- und Schlichtungsverfahren für alle Streitfälle. Politis machte den technischen Vermittlungsvorschlag, einen allgemeinen Schiedsvertrag als Rahmenvertrag zu verfaßten, dem auf die Besonderheiten der staatlichen Interessen rückstreichende Einzelverträge einzugliedern sind.

Mehr Interesse als die Sicherheitsberatungen fand ein Telegramm des Völkerbundsekretärs an den ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen. In ihm wird Ungarn im Auftrag des amtierenden Ratsvorsitzenden gebeten, den Verkauf der Maschinengewehre aufzuschieben, bis der Völkerbundsakt gesprochen hat. Der gegenwärtige Ratsvorsitzende ist der chinesische Gesandte in Paris. An seinem Eingreifen sind die in Genf anwesenden Staatsmänner der Kleinen Entente nicht unschuldig.

Die Mahnung an Ungarn

WIS Genf, 23. Februar.

Das plötzliche Eingreifen des Ratspräsidenten gegen Ungarn, das im Völkerbundsekretariat heute abend den ausschließlichen Gesprächsstoff bildet, hat, wie der Sonderberichterstatter des WIS-Bureaus meldet, trotz der lebhaften Campaigne, die seit einiger Zeit ein Teil der französischen Presse wegen des Zwischenfalls von Szent Gotthard gegen Ungarn und dann auch gegen den Völkerbund führt, doch recht überraschend gewirkt. Die Nachricht von der Zerstörung der Waffenfabrik hat freilich von Anfang an nicht nur in den Kreisen um die Kleine Entente sichlich verlagert, sondern auch in den Kreisen mit wachsenden Sympathien für Ungarn starke Bedenken hervorgerufen. Das Eingreifen des Ratspräsidenten noch, bevor der Rat zu dem vorliegenden Gehör der Kleinen Entente überhaupt Stellung genommen hat, bildet ein Novum, und es erscheint hier fast allgemein als sehr fraglich, ob der Ratspräsident überhaupt eine solche Initiative ergreifen kann. Andererseits hat die Vermutung viel für sich, daß ohne die von der ungarischen Regierung angeordnete Zerstörung der Waffenfabrik, der Ratspräsident keinen Anlaß zu irgendeiner Intervention gehabt hätte.

Den Völkerbund desavouiert

SPD Budapest, 24. Februar (Radio).

Der ungarische Ministerpräsident Bethlen hat am Donnerstag an den Generalsekretär des Völkerbundes auf dessen Telegramm über die Gotthardangelegenheit folgenden Antworttelegramm gerichtet:

Der Inhalt Ihres Telegramms hat die ungarische Regierung überrascht. Auf Grund von Pressenachrichten, die aus amtlicher Quelle herrührten, ist nämlich bereits seit mehreren Wochen bekannt, daß die kompetenten Behörden im Sinne der bestehenden Vorschriften das in Rede stehende Material unbrauchbar machen und im Wege der Versteigerung verwerten werden, falls der rechtmäßige Eigentümer sich nicht melden sollte. Da die Versteigerung für morgen früh angelegt worden ist, und sie im Beisein der kompetenten Gerichtsbehörde in St. Gotthard von Bestimmungen des staatlichen Eisenbahnreglements gemäß durchgeführt werden muß, wäre es unter den gegebenen Umständen unmöglich, die Durchführung dieses Verfahrens zu verschieben. Ich gestatte mir weiter zu bemerken, daß die Vorschriften betreffend die Ausübung des Investigationsrechtes keine Bestimmungen für solche Fälle ent-

halten. Nichtsdestoweniger wird die ungarische Regierung aus Höflichkeit gegenüber der Person des derzeitigen Ratspräsidenten die Käufer ersuchen, die gekauften Gegenstände an Ort und Stelle zu belassen.

Ungewollt wird die ungarische Waffenschmuggelaffäre jetzt Objekt der hohen Politik. Man erinnert sich, daß Ungarn, dem durch den Trianonvertrag jeder Waffenhandel und die Waffeneinfuhr untersagt ist, am 1. Januar d. J. durch seine Bahnbehörden mit militärischer Hilfe auf dem österreichisch-ungarischen Grenzbahnhof Szent Gotthard die Rückleitung von fünf Eisenbahnwaggons auf österreichisches Gebiet verhinderte. Der Inhalt dieser Waggons war als Maschinenteile aus Verona deklariert. Eine Stichprobe österreichischer Zollbeamter ergab, daß diese Maschinenteile in Wirklichkeit Maschinengewehrteile mit dazugehöriger Munition waren. Die Zollbeamten wollten, da die Waffeneinfuhr nach Ungarn verboten ist und ein Zollvergehen vorlag, die fünf Waggons zurückhalten, aber die ungarischen Behörden erzwangen ihre Weiterleitung. Die Umstände, unter denen das geschah, verrieten schon, daß die Waffenfabrik zum mindesten für einflußreiche nationalistische Kreise, wenn nicht für die Regierung in Ungarn selbst bestimmt war. Das wurde durch die Abgemeldungen bestätigt, mit denen die offizielle ungarische Telegraphen-Agentur und die der Regierung nahestehende Presse jede Schuld der ungarischen Regierung abzustreiten versuchten. Da wurde behauptet, daß die Sendung gar nicht für Ungarn bestimmt, sondern an eine Firma, die in einem tschechoslowakischen Orte sitzt, adressiert sei. Dieser Schwindel und noch manche andere Falschmeldungen wurden richtiggestellt. Damit erwies sich auch als wahr, daß diese Waffen für niemand anders als für Ungarn bestimmt waren und daß die Lieferung vermutlich auf einem sehr weitgehenden Einverständnis der Horthyleute mit der Regierung Mussolinis beruhten. Sie bekräftigten weiter, daß auch in Ungarn die Militartarifn eifrig an der Aufrüstung arbeiten.

Da die ungarische Aufrüstung sich sowohl gegen Oesterreich als auch gegen die Tschechoslowakei richtet, da weiter Mussolini damit rechnet, mit ihrer Hilfe seine Position auf dem Balkan zu stärken oder gar weiter vorzuschieben, zeigten sich die Balkanstaaten und die Kleine Entente beunruhigt. Mussolini begann sofort mit einer Gegenaktion, um irgendwelche Schritte anderer Staaten zu verhindern. Ein restloser Erfolg blieb diesen Bemühungen versagt. Nach wochenlangen Verhandlungen kam es doch zu den Noten der Kleinen Entente, so daß der Völkerbund, dem diese Affäre äußerst unangenehm war, sich mit ihr beschäftigen mußte. Unterdessen war aber auch die ungarische Regierung nicht untätig gewesen. Die fünf Eisenbahnwaggons waren von dem Grenzbahnhof weit ins Land hineingefahren worden, bis eines schönen Tages offiziell gemeldet wurde, daß sie wieder auf dem Grenzbahnhof angelangt seien und dort den österreichischen Zollbeamten samt dem Inhalt zur Verfügung ständen. Begreiflicherweise lehnten die Zollbeamten ab, die Beschlagnahme durchzuführen, da sie ja keinerlei Gewähr hatten, daß nicht der Inhalt in der Zwischenzeit ausgewechselt worden war. Was bestimmt anzunehmen ist. Die Horthyregierung trieb ihre freche Komödie weiter. Sie ließ bekannt machen, daß sie die als Abwenderin angegebene Firma zweimal aufgefordert habe, ihre Sendung zurückzunehmen, und da keine Antwort erfolgt sei, würde nunmehr der Inhalt verschrotet und verworfen werden. Die GIs, mit der die ungarische Regierung die Angelegenheit betrieb, erklärt sich daraus, daß sie dem Völkerbundsrat, der im März zusammentritt, das Material für seine Untersuchung zerstören wollte. Sie ist offenbar der Meinung, daß, wo nichts mehr da ist, auch nichts untersucht werden kann.

Gegen diese Sabotage hat nun der derzeitige Präsident des Völkerbundsrates bei dem ungarischen Ministerpräsidenten Einspruch erhoben. Es ist sehr bezeichnend, daß die nationalistischen Telegraphenagenturen das Telegramm des Völkerbundsekretariats als eine Machete Frankreichs erscheinen lassen und Ungarn in ihren Meldungen als das unschuldigste und gehegte Land hinstellen. Wie ja auch die „bürgerlichen“ Regierungen und die nationale Presse, besonders die Deutschlands, in dem Bruch internationaler Verträge und des Zollkonvention nichts fand, daß der Aufregung wert sei und ebenso nichts an dem Nachweis der geheimen Aufrüstungen in Ungarn. So hat der Ministerpräsident der ungarischen Goldfälscher- und Hentzerregierung wahrscheinlich die Nationalisten vieler Länder auf seiner Seite, wenn er postwendend dem Generalsekretär des Völkerbundes seine ablehnende Antwort übermittelte. Bethlen erklärte, nach dem Ausdruck seiner Verwunderung, ganz bündig, daß die Zerstörung und der Verkauf nicht ausgeschlossen werde. Er schlägt damit dem Völkerbundsrat ein Schnippchen. Er kann das, da hinter ihm der „starke“ Mussolini steht.

Wie wird der Völkerbund, wie werden die ihn angeschlossenen Mächte darauf reagieren? Wenn schon in einer doch immerhin noch kleinen Affäre sein Wort nichts gilt, wie soll dann der Glaube aufrechterhalten werden, daß dieser Völkerbund ein brauchbares Instrument zur Verhinderung von Kriegen sei?

Das Wunder von Wien

Das Wiener Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs hat vor kurzem seinen Jahresbericht veröffentlicht. Wie in den vergangenen Jahren, so berichtet die Wiener Parteioorganisation auch für das Jahr 1927 einen erfreulichen Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung. Die Partei hat in Wien gegenüber dem 1. Januar 1927 bis zum 1. Januar 1928 56 000 Mitglieder gewonnen. Es sind wirklich erstaunenswerte Erfolge, die unsere Genossen erarbeitet haben. Die Wiener Arbeiterzeitung macht in folgenden Ausführungen klar, was es heißt, wenn von 386 000 Parteimitgliedern in Wien berichtet werden kann.

„Es sind wichtig eindrucksvolle Zahlen: am 31. Dezember 1927 haben unserer Partei in Wien 258 803 Männer und 127 799 Frauen, insgesamt 386 602 Personen angehört! Das bedeutet: 45 Prozent aller wahlberechtigten Männer und 18 Prozent aller wahlberechtigten Frauen sind organisierte Sozialdemokraten! Beinahe die Hälfte aller erwachsenen Männer und beinahe ein Fünftel aller erwachsenen Frauen Wiens sind Mitglieder unserer Partei! 70 Prozent aller männlichen und 35 Prozent aller weiblichen Wähler, die am 24. April sozialdemokratisch gewählt haben, sind nicht nur Wähler unserer Partei, sondern organisierte Sozialdemokraten! Vier Fünftel unserer männlichen, mehr als ein Drittel unserer weiblichen Wähler in unserer Partei organisiert — das nimmt unseren Gegnern alle Hoffnungen, jemals den ehernen Block dieses roten Wiens brechen zu können! Und dabei wächst dieser Riesenkörper unserer Wiener Organisation ununterbrochen weiter. Wir hatten am 1. Juli 1927 302 111 Mitglieder. Am 1. Oktober waren es schon 378 374 — das waren die 10 263 Männer und Frauen, die unter dem unmittelbaren Eindruck des 15. Juli, zum Zeichen des Protestes gegen Selb- und Schöber unserer Partei zugestimmt sind. Aber das Wachstum ging weiter: am 31. Dezember waren es schon 386 602, trotz dem Riesenzuwachs in dem vorausgegangenen Quartal um weitere 82 228 mehr! So antwortet Wien dem Prälaten ohne Mißbill! Und indessen ist jetzt schon die Aktion unserer Frauen „Von Frau zu Frau für die Partei!“ im Gange, die uns weiteren mächtigen Zuwachs bringen wird...“

Denken wir an die Stärke der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dann wird klar, wach großes Stück unsere österreichischen Genossen in der Organisationsarbeit voraus sind. 386 000 organisierte Sozialdemokraten allein in Wien! Das ist zwar nicht ganz die Hälfte der Mitgliederzahl der gesamten sozialdemokratischen Partei Deutschlands, aber es ist bedeutend mehr als ein Drittel dieser Zahl. Wien zählt ungefähr die Hälfte der Einwohner Berlins. Aber es hat mindestens achtmal soviel organisierte Sozialdemokraten, wie die sozialdemokratische Parteiorganisation in Berlin. Es ist gewiß richtig, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Deutschösterreich sich dadurch in einer besonders vorteilhaften Lage befindet, daß sie nicht die zerstückelte Agitation einer starken kommunistischen Partei abzuwehren hat. Aber dieser Vorteil ist eben erst eine Folge ihrer Stärke, die sie nicht zuletzt einer im ganzen konsequent proletarischen Politik seit dem Ende des Krieges zu verdanken hat. Die Vorherrschaft der sozialen und politischen Reaktion sind auch in Deutschösterreich nicht ausgeblieben, und eine schwere wirtschaftliche Krise, die über Hunderttausende von Proletariern eine unendlich lange Zeit der Arbeitslosigkeit brachte, hat dem Vormarsch der Arbeiterbewegung in Deutschösterreich gleichfalls Schaden zugefügt. Es ist eine bemerkenswerte Feststellung, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre unmittelbar nach der Revolution gewonnenen Mitglieder nicht halten konnte und noch in den letzten Jahren einen Rückgang aufzuweisen hatte, während die Sozialdemokratische Arbeiterpartei von Jahr zu Jahr wächst. Und dieses Wachstum geht vor sich, trotzdem die Bourgeoisie in Oesterreich das Militär und die Justiz systematisch gegen die Arbeiterbewegung einsetzt und auch ihre schwache Mehrheit im Parlament zu einer rücksichtslosen Durchsetzung ihrer Interessen zu mißbrauchen sucht.

Aber die scharfe Frontstellung gegen die kapitalistischen Interessen und die geschickte und zum größten Teil erfolgreiche Taktik, die die österreichischen Sozialdemokraten üben, sind es, die das Wachstum der sozialdemokratischen Partei auslösen. Dieses wachsende Vertrauen der proletarischen und halbproletarischen Bevölkerungsschichten ist auch nicht unterbrochen worden durch die Ereignisse des 15. und 16. Juli 1927. Der elementare Ausbruch des durch die kapitalistische Klasse gefolterten Rechtsgefühls der Volksmassen stellte die Sozialdemokraten in Wien vor eine schwere Situation. Die Demonstrationen waren ohne Parteibefehle zustande gekommen und ohne Einschränkung mußten sie die in ihrem Verlaufe vorgekommenen Ausschreitungen verurteilen. Aber sie taten nicht, was sozialdemokratische Parteileitungen in anderen Ländern in ähnlichen Situationen getan haben. In der Stunde, da in den Straßen Wiens der Polizeivollzug und Polizeifüßel des christlich-sozialen Schöber gegen die demonstrierenden Arbeiter wütheten, stellte sich die sozialdemokratische Partei entschlossen an die Spitze der Demonstration und bewährte sie so davor, im Blute eräuft zu werden. Möchte die Demonstration wider ihren Willen zustande gekommen sein, möchte sie von unerantwortlichen Elementen bewußt zu ge-